

KVN-VV kritisiert Kommunikation zur Einführung des eRezepts

Resolution: „Eine Nutzungspflicht für Vertragsärztinnen und Vertragsärzte ab dem 1. Juli gibt es nach wie vor nicht.“

Die Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen (KVN) hat auf ihrer heutigen Klausurtagung in Wolfsburg eine Resolution zur misslungenen Kommunikation von Gesundheitsminister Prof. Karl Lauterbach zum Starttermin des eRezepts verabschiedet:

„Wir, die Mitglieder der Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen (KVN), sind besorgt über die fehlende Abstimmung des Starttermins für das e-Rezept. Im vergangenen Herbst wurde eine ausgiebige Testung in Modellregionen ab September 2023 und nach erfolgreichem Test eine stufenweise bundesweite Einführung vereinbart. Der Gesundheitsminister hat nun überraschend Mitte Juni öffentlich den Starttermin für das eRezept auf den 1. Juli 2023 festgelegt.

Im Referentenentwurf für das Digital-Gesetz wird der Start des E-Rezeptes für Januar 2024 festgelegt. Ein erfolgreicher Test als Voraussetzung für einen bundesweiten Rollout ist seit dem neuesten Beschluss der gematik vom Tisch. Bisher wurde jede TI-Einführung von technischen Störungen, mangelhaft umgesetzten Produkten und unzureichendem technischen Support bestimmt. Erfolgreiche Tests wären nach den bisherigen Erfahrungen vor einem flächendeckenden Rollout eigentlich die logische Konsequenz.“

Und weiter: „Gesundheitsminister Lauterbach hat auf dem Deutschen Ärztetag in Essen dazu eingeladen, gemeinsam an den Herausforderungen, vor denen das deutsche Gesundheitssystem steht, zu arbeiten. Wir betonen, dass wir bereit sind, unsere Unterstützung bei der Digitalisierung des Gesundheitswesens anzubieten. Wir glauben an die Notwendigkeit einer gemeinschaftlichen Zusammenarbeit, um die Herausforderungen und Chancen der Digitalisierung erfolgreich anzugehen. Die Digitalisierung im Gesundheitswesen ist ein wichtiger Schritt in die Zukunft der medizinischen Versorgung, und daher ist eine gemeinsame Abstimmung der Termine unerlässlich, um die bestmöglichen Ergebnisse zu erzielen.“

„Wir fordern Gesundheitsminister Lauterbach dazu auf, abgestimmte Pläne nicht eigenmächtig zu ändern und die ärztliche Selbstverwaltung in die Entscheidungsprozesse und Terminplanungen eng einzubeziehen und unsere Expertise anzuerkennen. Gemeinsam können wir die bestmöglichen Lösungen für die Digitalisierung im Gesundheitswesen entwickeln und die Qualität der medizinischen Versorgung weiter verbessern. Unabgestimmt Alleingänge führen zu einem weiteren Vertrauensverlust und in Folge zu einer sinkenden Akzeptanz in der Ärzteschaft.“

„Wir sind fest davon überzeugt, dass eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Gesundheitsministerium, der gematik und der ärztlichen Selbstverwaltung die Grundlage für eine erfolgreiche und nachhaltige Digitalisierung im Gesundheitswesen schafft. Wir stehen bereit, unseren Beitrag zu leisten und freuen uns auf einen konstruktiven Dialog und eine effektive Zusammenarbeit – auch hinsichtlich der Kommunikation.“